

MIT GRÜN GEHT'S BESSER

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM HESSISCHEN LANDTAG



HALBZEITBILANZ

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAGSFRAKTION HESSEN



INHALT

Einleitung	3
Umwelt & Energie	4
Bildung	6
Soziales	8
Haushalt & Finanzen	10
Wirtschaft & Verkehr	12
Innen	14
Wissenschaft & Kultur	16
Recht & Integration	18
Hauptausschuss	20
Petitionen	21
Europa	22
Service & Kontakt	23

IHRE ABGEORDNETEN

TAREK AL-WAZIR

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Medienpolitik
0611 / 350 580
t.al-wazir@ltg.hessen.de

MARCUS BOCKLET

Sprecher für Armutsbekämpfung,
Arbeitsförderung,
Familie, Kinder und Jugend
0611 / 350 633
m.bocklet@ltg.hessen.de

ANGELA DORN

Sprecherin für Verbraucher- und Ressourcenschutz,
Belange der Studierenden
0611 / 350 634
a.dorn@ltg.hessen.de

ELLEN ENSLIN

Sprecherin für Kommunales
und Datenschutz
0611 / 350 620
e.enslin@ltg.hessen.de

SIGRID ERFURTH

Stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Finanzen, Europa
und Schutz der Werra
0611 / 350 743
s.erfurth@ltg.hessen.de

JÜRGEN FRÖMMRICH

Sprecher für Innenpolitik
0611 / 350 632
j.froemmrich@ltg.hessen.de

URSULA HAMMANN

Sprecherin für Umwelt,
Energie, Natur- und Tier-
schutz
0611 / 350 741
u.hammann@ltg.hessen.de

MARGARETHA HÖLL- DOBLER-HEUMÜLLER

Sprecherin für Wirtschaft,
Aus- und Weiterbildung
0611 / 350 748
m.hoelldobler-heumueller@
ltg.hessen.de

ANDREAS JÜRGENS

Sprecher für Rechtspolitik,
Gleichstellung und Behinder-
tenpolitik
0611 / 350 742
a.juergens@ltg.hessen.de

FRANK KAUFMANN

Sprecher für Haushalt, Fi-
nanzcontrolling, Flugverkehr
und Straßenbau
0611 / 350 747
f.kaufmann@ltg.hessen.de

KAI KLOSE

Sprecher für Wirtschaft,
Landesplanung, Regional-
entwicklung und Wohnen
0611 / 350 673
k.klose@ltg.hessen.de

DANIEL MAY

Sprecher für Landwirtschafts-
politik, Gentechnik und länd-
lichen Raum
0611 / 350 794
d.may@ltg.hessen.de

KARIN MÜLLER

Sprecherin für
Verkehrspolitik
0611 / 350 745
karin.mueller@ltg.hessen.de

MÜRDET ÖZTÜRK

Sprecherin für Integration,
Migration und Petitionen
0611 / 350 740
m.oetztuerk@ltg.hessen.de

KORDULA SCHULZ-ASCHE

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Soziales, Frau-
en, Gesundheit und Alter
0611 / 350 749
k.schulz-asche@
ltg.hessen.de

SARAH SORGE

Vizepräsidentin des Hessi-
schen Landtages, Sprecherin
für Wissenschaft und Kultur
0611 / 350 202
s.sorge@ltg.hessen.de

MATHIAS WAGNER

Parlamentarischer Geschäfts-
führer, Sprecher für Bildung
0611 / 350 746
m.wagner@ltg.hessen.de

EINLEITUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

„Opposition ist Mist“ sagte Franz Müntefering 2004. Natürlich ist es unbefriedigend, einer Regierung zuschauen zu müssen, die offensichtlich keine Vorstellung davon hat, was sie für Hessen will und das Gefühl vermittelt, als würde sie nur noch auf ihre Abwahl warten. So könnte man es sich als Oppositionsfraktion jetzt gemütlich machen und zuschauen, wie die CDU/FDP-Landesregierung Hessen weiter herunterwirtschaftet, dies mit bissigen Presseerklärungen und Reden kommentieren und sich, mit Blick auf die nächste Landtagswahl, die Hände reiben.

Das ist uns GRÜNEN aber zu billig. Für uns stehen die Inhalte im Mittelpunkt. Wir wollen Hessen voran bringen und zeigen deshalb schon jetzt, in der Opposition, mit konkreten Konzepten auf, wie wir uns eine andere Politik in Hessen vorstellen.

Von der Energieversorgung über ein schuldenfreies Hessen bis hin zur Familien- und Bildungspolitik reichen die Konzepte, die wir in der ersten Hälfte der Legislaturperiode vorgelegt haben. Und Sie können sich sicher sein, wir werden auch die zweite Hälfte der Legislaturperiode nutzen. Wir haben das Ziel, alle politischen Bereiche abzudecken und damit ein umfassendes Gegenmodell zur schwarz-gelben „Weiter-So“-Politik in Hessen vorzulegen. Von dieser Ideen- und kraftlosen Landesregierung erwarten wir jedenfalls wenig bis gar nichts mehr.

In weiteren zweieinhalb Jahren können dann alle Hessinnen und Hessen Bilanz ziehen. Bis dahin werden wir unsere Arbeit fortsetzen und mit in-

novativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten, auch der Landesregierung (so sie denn hinhört) Denkansätze geben und den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, was die GRÜNEN anders machen würden.

Jetzt freuen wir uns erst einmal darüber, dass Sie unsere Halbzeitbilanz zur Hand genommen haben und sich über unsere bisherige Arbeit informieren wollen. Auf den folgenden Seiten wollen wir Ihnen einen Überblick über unsere politische Arbeit im Hessischen Landtag in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode bieten. Opposition ist nämlich nur dann Mist, wenn man die Zeit nicht nutzt, um sich auf die Regierung vorzubereiten.

Viel Spaß beim Lesen



Tarek Al-Wazir
Fraktionsvorsitzender

P.S.: Sie können gerne jederzeit mit Anregungen, Fragen, Kritik oder auch Lob auf uns zukommen. Ihnen stehen alle Kanäle offen. Alle notwendigen Informationen dafür finden Sie in dieser Broschüre oder auch im Internet:

www.gruene-hessen.de



ÜBER DIESE HALBZEITBILANZ

STRUKTUR UND INHALT

Der Inhalt unserer Halbzeitbilanz der 18. Legislaturperiode ist anhand der parlamentarischen Ausschüsse gegliedert. In den meisten Themenbereichen finden Sie neben dem Fließtext zwei grüne Kästen. In „Konzepte für Hessen“ finden Sie unsere jeweils vorgelegten Konzeptpapiere (Im Internet: <http://gruenlink.de/2pw>), in „Im Parlament“ die wichtigsten Parlamentarischen Initiativen. Dabei bedeutet die Abkürzung „Drs.“ Drucksache und bezieht sich auf die im Landtag vergebene eindeutige Drucksachenummer zur entsprechenden Initiative. Außerdem geben wir häufig Web-Adressen in der Form „<http://gruenlink.de...>“ an (siehe oben). Dies sind verkürzte Internet-Adressen und führen direkt auf weiterführende Informationen auf unserer Webseite: www.gruene-hessen.de.

IM NETZ

Darüber hinaus bieten wir unsere Halbzeitbilanz auch in elektronischer Form als pdf-Datei an. Diese bietet einen gewissen Mehrwert, denn hier sind alle Internet-Adressen, Drucksachenummern usw. direkt verlinkt. Sie ist auf unserer Webseite unter Publikationen zu finden: <http://gruenlink.de/2q9>.



UMWELT & ENERGIE

Umwelt-/Naturschutz und damit verbunden die Frage nach einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Energieversorgung ist seit jeher eines unserer Kernthemen. Wir wollen, dass der Natur- und Umweltschutz umfassend in alle Politik- und Gesellschaftsbereiche integriert wird. Entschlossenes Handeln für den Schutz der Natur, den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und somit für die nachfolgenden Generationen gehört zu unseren politischen Leitlinien.

Die Atomkatastrophe von Fukushima hat CDU und FDP, die noch im Herbst des vergangenen Jahres kompromisslos eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke durchsetzten, zu einem gewissen Umdenken gezwungen. Dass das nun endlich dazu geführt hat, dass Biblis A und B stillgelegt werden, ist für uns GRÜNE natürlich eine große Genugtuung. Was wir seit Jahrzehnten fordern und auf allen Ebenen mit allen Mitteln versucht haben durchzusetzen ist jetzt scheinbar endlich politischer Konsens in Deutschland. Nun kommt es darauf an, dass auch wirklich und endgültig aus der Atomenergie ausgestiegen und vor allem auch konsequent in den Ausbau der erneuerbaren En-

ergien eingestiegen wird. Und hier hat Hessen wirklich einiges nachzuholen. Hessen liegt seit Jahren beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf einem der hintersten Plätze, und es ist kein Fortschritt zu erkennen. Gleichgültig, ob der Ministerpräsident Koch oder ob er Bouffier heißt, in Hessen wurde hier nichts auf den Weg gebracht. Mit unseren ZukunftsEnergie und Klimaschutzgesetzentwürfen und unserem Konzept für 100% erneuerbare Energien bis 2030 (Strombereich), haben wir umfassende Vorschläge vorgelegt. Damit wäre eine konsequente und für alle Beteiligten sinnvolle Energiewende in Hessen möglich, wenn der politische Wille der Landesregierung dazu wirklich da wäre. Dafür werden wir auch weiterhin in allen Gremien streiten und uns konstruktiv einbringen.

Wir wollen endlich einen Verbraucherschutz, der den Anforderungen der modernen Gesellschaft auch gewachsen ist. Neue Dienstleistungen, die Liberalisierung verschiedener Märkte, wie im Bereich Telekommunikation, Gesundheits- und Altersvorsorge sowie die Vielzahl an verfügbaren Informationen stellen hohe Anforderungen sowohl an Verbraucherinnen und Verbraucher

URSULA HAMMANN



Sprecherin für Umwelt, Energie, Naturschutz und Tierschutz

ANGELA DORN



Sprecherin für Verbraucher- und Ressourcenschutz, Belange der Studierenden

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

GRÜNE AGRARPOLITIK IN HESSEN

Hessens Landwirtschaft hat für uns Grüne eine hohe Bedeutung, denn sie soll uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen und unsere Ernährung sicherstellen. Sie ist ein wichtiger Faktor für lebendige ländliche Räume und für den Erhalt von Arbeitsplätzen auf dem Land. Zudem hat sie eine hohe Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Landschaft. Wir wollen politische Rahmenbedingungen für eine moderne bäuerliche Landwirtschaft gestalten, die der Erhaltung der natürlichen Ressourcen und den Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher verpflichtet ist. Leitbild ist für uns dabei der ökologische Landbau, denn diese Wirtschaftsform wird nachweislich den Herausforderungen in den Bereichen Umwelt, Klima, Biodiversität, Wasser, Tierschutz, Arbeit und Verbraucherschutz am besten gerecht.

ZUKUNFTSENERGIE 2030 - 100% ERNEUERBARER STROM

Wir zeigen auf, wie Hessen bis zum Jahr 2030 zu hundert Prozent mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden kann. Der erneuerbare Strommix wird sich verstärkt auf die Windkraft stützen. Dies betrifft sowohl die Windkraftenerzeugung auf dem Meer (offshore) als auch im Binnenland (onshore), also in Hessen selbst. Außerdem können durch die GRÜNE Energiewende in Hessen ca. 40 000 sichere Arbeitsplätze bis zum Jahr 2030 geschaffen werden, und das alles, ohne unsere Klimaschutzziele in Frage zu stellen. In Hessen wurden auch die letzten 2 1/2 Jahre schlicht vergeudet, wir müssen jetzt endlich auch in Hessen mit der Energiewende beginnen. Unser Konzept kann dafür die Grundlage sein.

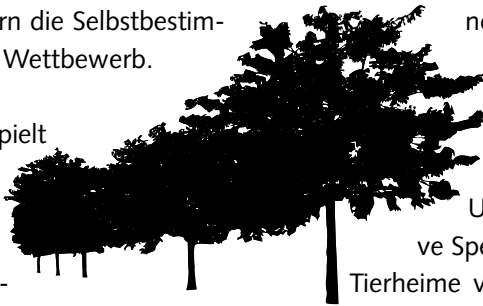
MODERNE GRÜNE VERBRAUCHERPOLITIK

Für uns GRÜNE ist Verbraucherschutz ein modernes Bürgerrecht: Der Verbraucher hat ein Recht auf Schutz vor Sicherheits- und Gesundheitsbeeinträchtigungen, vor Persönlichkeitseingriffen sowie vor wirtschaftlicher Benachteiligung. Wir fokussieren dabei nicht nur den Bereich Lebensmittel wie die Landesregierung, sondern auch den Bereich Finanzen, neue Technologien wie Nanotechnologie und RFID-Technologie oder den grauen Markt im Internet. Für uns GRÜNE ist ein chancengerechter Zugang zu Verbraucherinformationen wichtig, wir setzen deshalb auch stark auf Verbraucherbildung und aufsuchende Verbraucherberatung. Wir erwarten auch von den Verbraucherinnen und Verbraucher, dass sie Verantwortung übernehmen und ihre Nachfragemacht nutzen.



als auch an eine moderne Verbraucherpolitik. Grundlage für einen effektiven Verbraucherschutz ist für uns eine unabhängige und umfassende Information. Verbraucheraufklärung und Transparenz sollen die Entscheidungskompetenz des Einzelnen stärken, fördern die Selbstbestimmung und unterstützen den Wettbewerb.

Natur- und Umweltschutz spielt natürlich auch in unserer Landwirtschaftspolitik und der Politik für den ländlichen Raum insgesamt eine wichtige Rolle. Wir wollen Hessens Landwirtschaft stärker an den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher orientieren und die landwirtschaftliche Produktion insgesamt klima-, umwelt- und tierschutzfreundlicher machen. Dazu haben wir verschiedene Initiativen und vor allem ein umfassendes Konzeptpapier erarbeitet.



Wir wissen welchen hohen Stellenwert der Tierschutzgedanke bei den Bürgerinnen und Bürgern hat und wie viel für den Schutz der Tiere erreicht werden kann, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. In vielen Bereichen besteht noch immer dringender Handlungsbedarf. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Situation der hessischen Tierheime ein. Steigende Unterhaltskosten und massive Spendenrückgänge stellen viele Tierheime vor große finanzielle Probleme. Insgesamt müssen wir eine öffentliche und parlamentarische Debatte darüber führen, mit welchen Regelungen wir mehr Tierschutz und vor allem auch einen effektiveren Vollzug sicherstellen können.

DANIEL MAY



Sprecher für Landwirtschaft, Gentechnik und ländlichen Raum

SIGRID ERFURTH



Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Finanzen, Europa und Schutz der Werra

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Mit zahllosen Initiativen auf die endgültige Stilllegung des AKW-Biblis hingewirkt (z.B. Drs. 18/223 und zuletzt 18/4065 - Web: <http://gruenlink.de/2d4>);
- Das Erste Hessische Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz eingebracht (Drs. 18/350), um damit eine Erleichterung der Wärmedämmung von auf der Grundstücksgrenze errichteten Gebäuden zu erreichen;
- Das Zweite Hessische Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz eingebracht (Drs. 18/448), um den Kommunen die Aufnahme von Regelungen zu ermöglichen, per Satzung bestimmte Maßnahmen zur rationellen Verwendung von Energie aus Gründen des Allgemeinwohls und des Klimaschutzes vorzuschreiben;
- Das Dritte Hessische Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz eingebracht (Drs. 18/827), um die Stromerzeugung bis zum Jahr 2030 vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen sowie den hessischen Kohlendioxid ausstoß bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren;
- Das Vierte Hessische Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz eingebracht (Drs. 18/1056), das Maßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes auf allen Planungs- und Raumnutzungsebenen sowie Vorgaben, wie der Verbrauch von Strom, Wärme und Antriebsenergie wirksam zu reduzieren ist, enthält;
- Die Forderung eines Kennzeichnungssystems, den „Smiley“, für gute Hygiene und richtige Kennzeichnung in Lebensmittelbetrieben, sowie Veröffentlichung von harten Verstößen im Internet eingebracht (Drs. 18/1158);
- Einen Antrag zu Umweltzonen eingebracht (Drs. 18/4196), der die Blockadehaltung der Landesregierung aufbrechen soll und sie auffordert, ein Konzept vorzulegen, wie sie die gesundheitsgefährdende Stickstoffdioxidbelastung in Hessen entsprechend den verbindlichen EU-Grenzwerten reduzieren wird;
- Einen Antrag zur Verbesserung der Situation der Tierheime eingebracht (Drs. 18/1947);
- Zwei Anträge für den Schutz der Werra vorgelegt (Drs. 18/2342 und 18/3450);
- Mehrere Anträge gegen die Verbreitung und Patentierung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren eingebracht (Drs. 18/408, 18/1364 und 18/2078).
- Einen Änderungsantrag zum Jagdgesetz eingebracht, mit dem Ziel mehr Tierschutz und Umweltschutz und eine Verringerung der Wildschäden als Ziele im Jagdgesetz zu verankern (Drs. 18/3900);
- Einen Antrag zur Zertifizierung des Staatswaldes nach FSC-Richtlinien – einer Art Biosiegel für den Wald – eingebracht (Drs. 18/1644);
- Ein Aktionsprogramm als Lehre aus dem Dioxinskandal vorgelegt, mit dem Ziel durch sicherere Landwirtschaft die Verbraucher und die Umwelt zu schützen (Drs. 18/3617).

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Umwelt- & Naturschutz:
<http://gruenlink.de/2g1>

Energie & Klima:
<http://gruenlink.de/2g2>

Landwirtschaft:
<http://gruenlink.de/2g3>

Tierschutz:
<http://gruenlink.de/2g4>

Verbraucherschutz:
<http://gruenlink.de/2g5>



BILDUNG

Bildung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen, das entscheidend die Chancen der nachfolgenden Generationen und die Entwicklung unseres Landes bestimmt. Bildung entscheidet über die Möglichkeiten zur Teilhabe in unserer Gesellschaft, daher muss sie allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein. Und Bildung ist ein Thema, das im Rahmen unserer föderalen Struktur entscheidend auf Landesebene zu gestalten ist. Für uns GRÜNE hat Bildung Priorität und ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Derzeit bleiben viele Potenziale unentwickelt und die Chancen für einen guten Schulabschluss sind stark von der sozialen Herkunft abhängig. Diese Chancenungleichheit ist ein bildungspolitischer Skandal.

Der Schlüssel, dies zu ändern, ist ein Mehr an individueller Förderung von Anfang an. Der Bedeutung der frühkindlichen Bildung wollen wir deshalb durch die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans und der Ausweitung einer flexiblen Schuleingangsstufe an den Grundschulen in besonderem Maße Rechnung tragen. Wir wollen kleinere Klassen sowie mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung in allen Schulformen. Mit unserem Konzept für eine Neue Schule wollen wir längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe auf den Weg bringen. Ganztagsangebote in offener oder gebundener Form wollen wir ausweiten, die gymnasiale Schulzeitverkürzung stressfreier gestalten und unseren Schulen mehr Freiheit ermöglichen.

MATHIAS WAGNER



Parlamentarischer
Geschäftsführer
Sprecher für Bildung

MARCUS BOCKETT



Sprecher für Armutsbe-
kämpfung, Arbeitsförde-
rung, Familie, Kinder und
Jugend

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden
Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

REFORM DER LEHRERBILDUNG

Frühere Praxiserfahrungen von Lehramtstudierenden, eigene Fachbereiche für Lehrerbildung an den Universitäten und eine stärkere Ausrichtung der Lehrinhalte und -methoden an die geänderte schulische Wirklichkeit stellen wir in den Mittelpunkt unserer Vorschläge einer Reform der Lehrerbildung in Hessen. Zentrales Element ist die Einführung eines verpflichtenden Praxissemesters nach den ersten beiden Studiensemestern. Angehende Lehrerinnen und Lehrer sollen früh Erfahrungen mit der schulischen Praxis machen. So können sie beurteilen, ob die vielfältigen und anspruchsvollen Herausforderungen des Lehrerberufs tatsächlich das Richtige für sie sind. Ohne ein bestandenes Praxissemester sollte das Hauptstudium nicht aufgenommen werden können.

DIE NEUE SCHULE

Hessen braucht ein neues pädagogisches Konzept, das den Bildungsabschluss für Schülerinnen und Schüler möglichst lange offen lässt und längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Seit 1999 herrscht bei diesem Thema in Hessen Stillstand. Andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Hamburg oder das Saarland sind längst viel weiter. Aus unserer Sicht muss ein zukunftsweisendes Konzept für die Sekundarstufe 1 von unten wachsen und darf keine Zwangsbeglückung sein. Zwangsbeglückungen aus Wiesbaden hatten wir die letzten Jahre genug. Eine Schulreform, die gelingen soll, muss von den Beteiligten an den Schulen vor Ort ausgehen und getragen werden. Unser Konzept für eine Neue Schule liegt vor. Wir sind Gesprächsbereit und freuen uns auf einen Wettbewerb der Ideen im Interesse der Schülerinnen und Schüler.

KINDERGÄRTEN ZU BILDUNGSGÄRTEN

Hessen braucht eine Qualitätsoffensive für Kindergärten und bessere Übergänge vom Kindergarten zur Grundschule. In unserem vorliegenden Konzept geht es darum, die Arbeit in den Kindergärten qualitativ weiter zu verbessern. Im Mittelpunkt der Qualitätsoffensive sollen die Kindergärten als eigene Bildungs- und Erziehungsinstitution mit eigenem pädagogischen und methodischen Auftrag stehen. Wir brauchen kein Schulvorbereitungsjahr wie es die CDU/FDP-Landesregierung plant. Eine neue Struktur bei den Kindergärten zu entwickeln, wäre kontraproduktiv. Schon jetzt fehlen Betreuungs- und Ganztagsplätze. Es gibt zu wenige Erzieherinnen und Erzieher und die Gruppen sind zu groß. Hier muss die Qualität verbessert und nicht durch einen neuen großflächigen Strukturfeldversuch in 3900 Einrichtungen mit Beschäftigten, Eltern und Kindern ein G8 für die Kindergärten heraufbeschworen werden.

HESSENS WEG ZU SELBSTÄNDIGEN SCHULEN

Durch größtmögliche pädagogische und organisatorische Freiheiten für die einzelne Schule wollen wir eine Qualitätsverbesserung im Bildungswesen erreichen. Die Schulen sollen von zentralistischen und bürokratischen Vorgaben der Kultusbürokratie befreit werden. Die Schulverwaltung muss neu ausgerichtet werden, um die einzelne Schule optimal in ihrer Arbeit zu unterstützen. Unter anderem sollen die Schulen ein eigenes zusätzliches Budget erhalten, neben der einzelnen Schule die Rolle des kommunalen Schulträgers gestärkt und die Staatlichen Schulämter weitgehend kommunalisiert werden.



Wir wollen die berufliche Bildung stärken und das lebensbegleitende Lernen erleichtern. Das alles wollen wir nicht von oben verordnen, sondern von unten ermöglichen und unterstützen. Deshalb stehen wir für mehr Selbstständigkeit unserer Bildungseinrichtungen und für den Ausbau regionaler Unterstützungsstrukturen.

Viele Bürgerinnen und Bürger hatten sich von der neuen Kultusministerin Dorothea Henzler einen echten Aufbruch in der hessischen Bildungspolitik versprochen. Diese Erwartung ist in den vergangenen 2 1/2 Jahren bitter enttäuscht worden, viele Wahlkampfversprechen der FDP wurden gebrochen. Die 105-prozentige Lehrerversorgung ist in weite Ferne gerückt, der Ausbau von Ganztagschulen kommt weiterhin nur im Schnecken-tempo voran und das Land lässt die Kommunen beim Ausbau der Schulsozialarbeit allein. Der Wunsch vieler Eltern nach längerem gemeinsamen Lernen und dem möglichst langen Offenhalten aller Bildungsabschlüsse wird weiter ignoriert und die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans stockt.

Während andere Länder ihr Schulsystem wirklich reformieren, belässt es Kultusministerin Henzler mit der Mittelstufenschule dabei, den Haupt- und Realschulen ein neues Türschild zu verpas-

sen. Auch wird die UN-Behindertenrechtskonvention nicht umgesetzt und ein verbindlicher Zeitplan zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung steht aus.

Durch größtmögliche pädagogische und organisatorische Freiheiten für die einzelne Schule wollen wir Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen erreichen. Alle Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Stärkung der Schulen vor Ort zu besseren Bildungsergebnissen führen kann. Mit unserem Konzeptpapier „Hessens Weg zu selbstständigen Schulen“ machen wir einen umfassenden Vorschlag, wie sich das Bildungssystem ändern muss, um Schulen optimal auf ihrem Weg zu mehr Selbstständigkeit zu fördern. Selbstständigkeit ist jedoch kein Selbstzweck, sondern muss zu besserer Qualität und individuellerer Förderung führen. Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliche Mittel wird es eben auch nicht gehen. Deshalb ist die Entscheidung der Landesregierung, mit dem Sparen ausgerechnet bei der Bildung zu beginnen, so falsch. Gerade die Selbstständigkeit von Schule kann nur gelingen, wenn die Schulgemeinde tatsächlich über zusätzliche Mittel entscheiden kann. Die bloße Verwaltung des Bestehenden reicht nicht aus.



MARGARETHA HÖLLDOBLER-HEUMÜLLER



Sprecherin für Aus- und Weiterbildung

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Zwei Änderungsanträge zur Verbesserung der Schulgesetz-Novelle eingebracht, um die Neue Schule einzuführen (Drs. 18/3711) sowie die Inklusion an Hessens Schulen mit einem realistischen und verbindlichen Stufenplan umzusetzen (Drs. 18/3710 - Web: <http://gruenlink.de/1uk>);
- Initiativen zur Ermöglichung eines Zwei-Säulen-Schulmodells bestehend aus Neuer Schule und Gymnasium vorgelegt (Drs. 18/3711 und 18/3764);
- Vorschläge für eine sinnvolle Reform der Schulverwaltung vorgelegt, die auf Kommunalisierung statt Zentralisierung setzt und die Schulen damit besser unterstützt (Web: <http://gruenlink.de/1tu>);
- Wahlfreiheit der kooperativen Gesamtschulen zwischen G8 und G9 durch einen Gesetzentwurf aus dem Jahr 2008 ermöglicht (Web: <http://gruenlink.de/283>);
- Die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen dem Bund und der Länder im Bildungssystem beantragt (Drs. 18/2866);
- Mit einer Großen Anfrage die teilweise zu hohen Schulgelder an Privatschulen, die Zunahme von auf Gewinn ausgelegten Privatschulen sowie die mangelnde Kontrolle seitens des Landes thematisiert (Drs. 18/3436);
- Mit diversen Haushaltsanträgen eine echte Alternative zur Henzler'schen Bildungspolitik aufgezeigt, die den Schulen u.a. eine 105-prozentige Lehrerversorgung, mehr Mittel für ganztägiges Arbeiten und individuelle Förderung bereitstellt (Drs. 18/3314-3327).

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesem und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Bildung:
<http://gruenlink.de/2fw>

Wissenschaft:
<http://gruenlink.de/2fx>

Kinder, Jugend & Familie:
<http://gruenlink.de/2fy>



SOZIALES

Die aufgehende Schere zwischen wachsender Armut vieler auf der einen und wachsendem Reichtum weniger auf der anderen Seite stellt die Frage nach Gerechtigkeit als Grundprinzip unserer Gesellschaft. Die Angst vor dem sozialen Abstieg reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Die gerechte Teilhabe an Bildung, Arbeit, gesundheitlicher Versorgung, Einkommen, Mobilität – aber auch politischer Gestaltung vor Ort – ist für viele Menschen bereits heute nicht mehr oder nur unzureichend gesichert. Daraus ergeben sich die zentralen Herausforderungen für die Sozialpolitik.

Auch wenn der Staat nicht alles regeln kann, muss er doch die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Menschen auf soziale Sicherung verlassen und an der Gesellschaft teilhaben können. Sozialpolitik heißt aber nicht nur, Menschen zu stärken, in Notlagen zu helfen und Teilhabe zu fördern, sondern muss auch auf Nachhaltig-

keit achten: Der Sozialstaat darf sich nicht durch wachsende Staatsverschuldung finanzieren, sonst bricht er am Ende zusammen.

In Hessen ist das soziale Netz, nach über zwölf Jahren CDU-Sozialpolitik sehr löchrig geworden. Der Beliebigkeit in der Sozialpolitik und dem Abbau sozialer Leistungen und Standards setzen wir eine Sozialpolitik entgegen, die den sozialen Frieden gewährleistet. Durch den verantwortungsvollen Umgang mit Landesmitteln wollen wir die soziale Infrastruktur Hessens zukunftsfest gestalten. Dazu wollen wir mit dem Sozialbudget ein Instrument in den Landeshaushalt einführen, das alle Politikbereiche des Sozialministeriums umfasst und die Verlässlichkeit der Förderung der freiwilligen sozialen Leistungen sicherstellt. Damit werden außerdem bestehende Arbeitsplätze gesichert bzw. neue geschaffen.

KORDULA SCHULZ-ASCHE



Stv. Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Soziales,
Frauen, Gesundheit
und Alter

MARCUS BOCKETT



Sprecher für Armutsbe-
kämpfung, Arbeitsförde-
rung, Familie, Kinder und
Jugend

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden
Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

KINDERGÄRTEN ZU BILDUNGSGÄRTEN

Mehr dazu im Themenbereich Bildung auf Seite 6.

BARRIEREFREIHEIT ALS UNIVERSELLES GESTALTUNGSDESIGN

Wir wollen, dass Barrierefreiheit bei jeder Gestaltung des öffentlichen Raumes, bei Straßen, Plätzen, Gebäuden, Verkehrsinfrastruktur usw. ein tragendes Leitprinzip wird. Wir halten dies für notwendig, weil Barrieren ganze Personengruppen vom öffentlichen Leben ausschließen. In einer älter werdenden Gesellschaft ist Barrierefreiheit auch Voraussetzung dafür, dass ältere, gehbehinderte Menschen länger in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Barrierefreie Wohnungen und Quartiere führen Menschen zusammen, Barrieren dagegen trennen. Barrierefreiheit erleichtert das Leben für alle Menschen, nicht nur für diejenigen, die zwingend darauf angewiesen sind. Kinder im Kinderwagen oder bei den ersten Gehversuchen, Radfahrer, Fußgänger, Gehbehinderte, Rollstuhlnutzer und ältere Menschen mit Gehhilfen – alle profitieren von umfassender Barrierefreiheit. Insbesondere bei jeder Neugestaltung und bei Umbaumaßnahmen ist daher Barrierefreiheit zu gewährleisten.

GESUNDHEIT IM LÄNDLICHEN RAUM

Ideologie oder Partikularinteressen einzelner Lobbygruppen dürfen nicht länger im Vordergrund von Entscheidungen stehen: Für uns GRÜNE gehören die Menschen – gesund oder krank – in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik. Bereits heute ist ein starker Fachkräftemangel – insbesondere von Ärztinnen und Ärzten sowie qualifiziertem Pflegepersonal, festzustellen. Diametral entgegengesetzt zur Ausdünnung der Angebote steht aufgrund der Altersentwicklung die Nachfrage nach Dienstleistungen im gesundheitlichen Bereich. Unser Konzept zeigt realistische, finanzierbare und nachhaltige Antworten auf, die weitgehend auf kommunaler Ebene und in Landesverantwortung umgesetzt werden können. Unser Ziel ist eine dezentrale integrierte Versorgung guter Qualität. Dazu wollen wir bessere Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene schaffen, vorhandene Kompetenzen aufwerten und zusammenführen sowie Prävention und Gesundheitsförderung endlich als feste Grundsäule etablieren.

FAMILIEN IN DEN MITTELPUNKT: HANDELN STATT REDEN

Mit unserem familienpolitischen Konzept wollen wir, dass endlich Schluss ist mit ideologischen und moralischen Debatten was Familie sein darf. Wir wollen die konsequente Anerkennung und diskriminierungsfreie Unterstützung aller Familienformen. Dies wirkt in alle Bereiche der Familienpolitik von Kinderbetreuung über Armutsaspekte, Weiterentwicklung der Familienkarte, Familienzentren, Gleichstellung der Lebenspartnerschaften bis hin zu Fragen der Pflege Angehöriger und Bekämpfung von Gewalt in der Familie.



Neben der konzeptionellen Arbeit kümmern wir uns ums „Tagesgeschäft“, die tägliche Arbeit im hessischen Landtag. Mit viel Begeisterung haben wir auch wieder in diesem Jahr den Internationalen Frauentag mit einem Empfang im Landtag begangen. Und die dreißig Plätze am Girls' Day sind – wie jedes Jahr – schnell ausgebucht.

Wir fordern endlich eine Initiative zur Vermeidung des Fachkräftemangels, eine bessere Ausrichtung der Landesprogramme auf die Bedürfnisse arbeitsuchender, insbesondere älterer Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Arbeitsmarktpolitik.



Inklusion von Kindern mit Behinderungen in der Schule ist ein Ziel, das wir Grüne schon seit vielen Jahren verfolgen. Nach der von uns initiierten Anhörung zum Thema ehemalige Heimkinder, begleiten wir die Maßnahmen, wie den Opfern schnell geholfen werden kann. Aktiv waren und sind wir natürlich an Gesetzeslesungen beteiligt: zum Beispiel zum neuen Krankenhausgesetz, um die kommunalen Krankenhäuser zu erhalten, oder zum Heimgesetz, um pflegebedürftigen Menschen ein lebenswertes Dasein und gesellschaftliche Teilhabe zu sichern.

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Mit verschiedenen Initiativen eine offensive Arbeitsmarktpolitik des Landes eingefordert. Vor allem haben wir uns für die Entwicklung und Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes für Hessen eingesetzt, damit „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ finanziert und besonders schwer vermittelbare Arbeitslose die Chance auf Teilhabe an Erwerbstätigkeit erhalten. (Drs. 18/1795, 18/1871, 18/4132);
- Einen interfraktionellen Antrag gegen sexuellen Mißbrauch (Drs. 18/2139) forciert und uns auch für die „Anhörung und ressortübergreifende Koordinierung zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen“ eingesetzt (Drs. 18/3630);
- Mit der Initiative „Hessischer Aktionsplan für mehr Erzieherinnen und Erzieher“ haben wir ein Sofortprogramm zur Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen gefordert, damit auch künftig die angemessene Personalausstattung in den Kitas gewährleistet werden kann (Drs. 18/463);
- Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Kommunen bei der Sicherung der pädagogischen Qualität und der Personalausstattung vom Land angemessen unterstützt werden (Drs. 18/2284 & 18/3128);
- Bereits im Jahr 2009 ein „Kinderlärmgesetz“ vorgelegt mit dem Ziel, „Kinderlärm“ zu privilegieren und künftig gerichtliche Auseinandersetzungen zu verhindern (Drs. 18/1145 und 18/2396);
- Einen Antrag zur Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention eingebracht, der in einen gemeinsamen Antrag mit CDU und FDP einmündete (Drs. 18/1673);
- Eine Anhörung zum Thema „ehemalige Heimkinder“ initiiert, die in einen gemeinsam verabschiedeten Antrag mündete, in dem der Landtag sich u.a. bei den betroffenen ehemaligen Heimkindern für das erlittene Unrecht entschuldigte (Drs. 18/2127). Zur Umsetzung der Ergebnisse des „Runden Tisches“ des Bundes zur Situation ehemaliger Heimkinder wurde von uns ein Antrag eingebracht (Drs. 18/3599), der in einen einstimmigen Beschluss des SPA mündete (Drs. 18/4112);
- Einen Zwischenerfolg beim Heimrecht erreicht: Nach Kritik der GRÜNEN in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs von CDU und FDP für ein Hessisches Betreuungs- und Pflegegesetz (Drs. 18/3763) in der Plenardebatte vom 3.3.2011, haben die Regierungsfaktionen bereits vor der Anhörung einen umfangreichen Änderungsantrag zum eigenen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem einer Reihe der Einwände Rechnung getragen werden soll (Drs. 18/3993);
- Einen Gesetzentwurf zur Sozialberichterstattung eingebracht, damit Maßnahmen für eine gerechte Sozialpolitik besser identifiziert und umgesetzt werden können (Drs. 18/40);
- Verschiedene Initiativen zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum vorgelegt um die Versorgung zu verbessern (Drs. 18/308, 18/1985, 18/2910, 18/3771 und 18/3776)
- Auf die Verbesserung der Qualität von Krankenhäusern hingewirkt (18/2391 und 18/3769);
- Einen Gesetzentwurf für den umfassenden Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens eingebracht (Drs. 18/1401);
- Initiativen vorgelegt, um die Situation in der Ausbildung von Fachkräften in der Altenpflege zu erkennen und letztendlich zu verbessern (Drs. 18/3647 und 18/964);
- Einen Berichts Antrag zur Situation der Frauenhäuser in Hessen eingebracht mit dem Ziel, die wohnortnahen Angebote zu erhalten (Drs. 18/834).

ANDREAS JÜRGENS



Sprecher für Rechtspolitik,
Gleichstellung
und Behindertenpolitik

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Soziales:

<http://gruenlink.de/2g6>

Arbeitsmarkt:

<http://gruenlink.de/2g7>

Behindertenpolitik:

<http://gruenlink.de/2g8>

Frauen:

<http://gruenlink.de/2g9>

Gesundheit:

<http://gruenlink.de/2ga>

Kinder, Jugend & Familie:

<http://gruenlink.de/2fy>



HAUSHALT & FINANZEN

Die GRÜNEN fühlen sich dem Ziel der Nachhaltigkeit auch in der Haushaltspolitik verpflichtet. Zukünftige Generationen verlangen zu Recht, dass wir sie nicht mit Schulden überlasten. Die Landesregierung von CDU und FDP missachtet dieses Prinzip seit Jahren, sie hat entgegen ihrer Behauptungen die Verschuldung des Landes massiv ausgeweitet. Inzwischen geht mehr als ein Drittel der gesamten Schuldenlast Hessens auf das Konto von CDU und FDP.

Die miserable Finanzpolitik der Regierungsmehrheit, vor Jahren bereits charakterisiert als „sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös“ (Adolf Kühn, FAZ vom 03.11.2001), ist auch durch den Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums im vergangenen Jahr nicht viel besser geworden. Obwohl seit Jahren gigantische Defizite des Haushalts durch Neuverschuldungen in Rekordhöhe aufgefangen werden müssen, fabuliert die Regierungsmehrheit immer wieder von Steuerermäßigungen – in der Hoffnung auf politische Wiederbelebung des Koalitionspartners FDP.

Finanzpolitik muss sich nach unserer Überzeugung aber vor allem auch durch Nachhaltigkeit auszeichnen; das heißt, dass es keinen Raubbau an den finanziellen Ressourcen in Form überbor-

dender Verschuldung geben darf. Wir GRÜNE sind deshalb nicht müde geworden, nicht nur in Parlamentsdebatten immer wieder deutlich zu machen, dass die Einnahmesituation verbessert werden muss, und zwar sowohl beim Land als auch bei den Kreisen, Städten und Gemeinden (z.B. Drs. 18/1191). Gegen die obendrein bei der Regierung vorhandene Füllhornmentalität haben wir GRÜNE in allen Haushaltsberatungen stets Gegenkonzepte vorgelegt, die ökologisch und sozial akzentuiert und darüber hinaus mit deutlich geringerer Verschuldung verbunden waren.

Die im Sommer 2009 in das Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse, d.h. das Verbot ab 2020 im Landeshaushalt noch neue Kredite aufzunehmen, haben wir zum Anlass genommen, Hessens Weg aus der Schuldenfalle zu diskutieren und in einem ersten Konzept aufzuzeigen. Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2011 erarbeiteten wir dann einen mit konkreten Zahlen hinterlegten Vorschlag, wie in den Bereichen Bildung, Umwelt und Soziales wichtige Reformen finanziert werden können und zugleich bis zum Jahr 2020 keine Neuverschuldungen mehr benötigt werden (Konzept: „Hessen tritt auf die Schuldenbremse“). Damit unterscheiden wir uns deutlich von der regierungsamtlichen mittelfristigen Finanzplanung.

FRANK KAUFMANN



Sprecher für Haushalt, Finanzcontrolling, Flugverkehr und Straßenbau

ELLEN ENSLIN



Sprecherin für Kommunes und Datenschutz

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

HESSENS WEG AUS DER SCHULDENFALLE

Als erste der im Landtag vertretenen Fraktionen haben wir bereits Anfang 2010 Vorschläge zur Umsetzung der im Grundgesetz ab dem Jahr 2020 verankerten Schuldenbremse gemacht. Angesichts einer Gesamtverschuldung von 40 Milliarden Euro und einer Neuverschuldung von 3,4 Milliarden Euro allein im Jahr 2010 steht Hessen vor einer gewaltigen Aufgabe. Wir bekennen uns zu dem Ziel, spätestens ab dem Jahr 2020 im Landeshaushalt ohne neue Schulden auszukommen. Um das zu schaffen, müssen wir uns aber jetzt auf den Weg machen. Die Debatte um die Schuldenbremse ist nicht allein eine Frage von Haushaltszahlen. Es muss vielmehr eine Wertedebatte sein, in der das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Individuum im Mittelpunkt steht.

HESSEN TRITT AUF DIE SCHULDENBREMSE

Bis zum Jahr 2020 wollen wir das strukturelle Defizit von 1,9 Milliarden Euro schrittweise abbauen, einen Haushalt ohne neue Schulden ermöglichen und somit die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einhalten. Gleichzeitig zeigen wir auf, in welchen Bereichen das Land zur Sicherung seiner Zukunftschancen mehr als bislang investieren muss. Unsere Vorschläge setzen auf eine Kombination von Einsparungen, Effizienzsteigerungen und Einnahmeerhöhungen. Wir müssen mit dem Auftürmen immer neuer Schulden endlich Schluss machen. Die Schuldenbremse darf aber nicht zu einem schwachen, handlungsunfähigen Staat führen. Für die Generationengerechtigkeit ist beispielsweise nichts gewonnen, wenn notwendige Investitionen in Bildung unterbleiben, um die Schuldenbremse einzuhalten. Umgekehrt stimmt etwas in einem Staat nicht, wenn die heutigen Bildungsinvestitionen nur mit Schulden zu Lasten künftiger Generationen finanziert werden können. Mit unserem Konzept stellen wir uns der Herausforderung, beides in Einklang zu bringen.

HESSENS KOMMUNEN FAIR FINANZIEREN

Mehr dazu im Themenbereich Innen auf Seite 14.

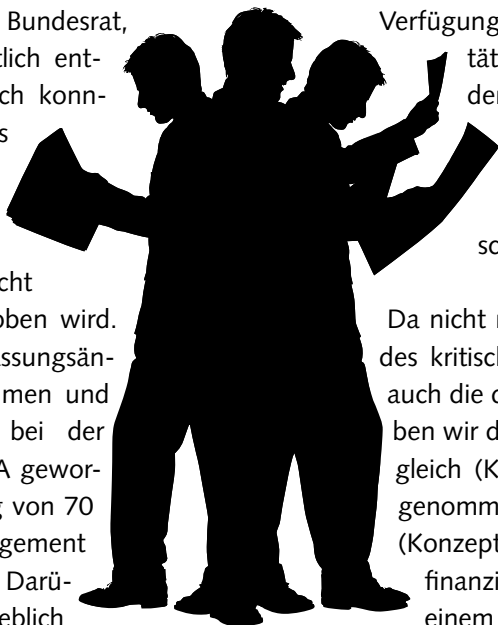


In die Diskussion um die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Hessen konnten wir uns engagiert einbringen, nachdem die Regierungsmehrheit zunächst gegen die Opposition agieren wollte. Es ist uns gelungen wichtige Formulierungen durchzusetzen. Dazu gehört ein klarer Schutz der kommunalen Haushalte vor möglichen Auswirkungen der Schuldenbremse ebenso wie die Betonung auch der Einnahmeverantwortung sowohl des Landtags als Haushaltsgesetzgeber als auch der Landesregierung als Agierende im Bundesrat, wo die Steuergesetze letztlich entschieden werden. Schließlich konnten wir sicherstellen, dass bereits durch den Verfassungstext die Konsolidierung des Haushalts ab sofort vorgeschrieben und nicht auf die lange Bank geschoben wird. So konnten wir der Verfassungsänderung im Landtag zustimmen und haben demgemäß auch bei der Volksabstimmung für ein JA geworben. Mit einer Zustimmung von 70 Prozent ist auch unser Engagement am Ende belohnt worden. Darüber hinaus haben wir maßgeblich an einem Begleitbeschluss mit formuliert, durch den die Vorgaben für ein Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse festgelegt wurden. Dieses soll nach erfolgter Verfassungsänderung erarbeitet werden.

Die finanzpolitischen Debatten drehen sich häufig um den Länderfinanzausgleich (LFA), weil Hessen als eines von wenigen Zahlerländern stark belastet ist. Während die politische Konkurrenz dieses Thema am liebsten als Neid-

debatte gespickt mit Drohgebärden gestaltet, wollen wir die Probleme lösen. Gemeinsam mit anderen Landtagsfraktionen haben wir deshalb die Problematik wissenschaftlich aufarbeiten lassen und präsentieren einen Vorschlag, der vor allem größere Transparenz schaffen soll (<http://gruenlink.de/2ew>). Ebenso wollen wir die irrsinnigen Folgen des bestehenden Systems beseitigen, nach denen Anstrengungen der Länder um höhere eigene Einnahmen dadurch konterkariert werden, dass sie am Ende weniger Mittel zu Verfügung haben, als wenn sie nichts täten. An diesem Thema werden wir dran bleiben und im nächsten Schritt an Hand von Modellrechnungen die Wirkungsweise unserer Vorschläge überprüfen.

Da nicht nur die Finanzlage des Landes kritisch zu bewerten ist, sondern auch die der meisten Kommunen, haben wir den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) kritisch unter die Lupe genommen. Mit unserem Vorschlag (Konzept: „Hessens Kommunen fair finanzieren“) wollen wir ihn zu einem leistungsfähigen Finanzverbund ausbauen, der möglichst gerecht, einfach und verständlich ist, der den Kommunen die kommunale Selbstverwaltung erhält und neue Spielräume eröffnet und dessen Ausgleichsregeln durch kluge Ausgestaltung über einen langen Zeitraum beständig bleiben.



SIGRID ERFURTH



Stv. Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Finanzen,
Europa und Schutz der
Werra

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Haushalt & Finanzen:
<http://gruenlink.de/2gb>

Landesplanung:
<http://gruenlink.de/2fv>

Wirtschaft:
<http://gruenlink.de/2ft>

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Jährlich konkrete Alternativen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung erarbeitet und veröffentlicht (Web: <http://gruenlink.de/2qd>);
- Konstruktiv an der Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Hessen mitgearbeitet und wichtige Formulierungen zur Einnahmesituation des Staates und der Finanzausstattung der Kommunen durchgesetzt (Drs. 18/3492, 18/3493 - Web: <http://gruenlink.de/2gy>);
- In verschiedenen Initiativen die Reform des Länderfinanzausgleichs (LFA) gefordert (Drs. 18/1392, 18/2095, 18/3496 und 18/3602) und gemeinsam mit vier anderen GRÜNEN Landtagsfraktionen ein Gutachten zum Länderfinanzausgleich (LFA) in Auftrag gegeben und vorgelegt, das einen fairen, nachhaltigen und anreizorientierten LFA vorschlägt (Web: <http://gruenlink.de/2ew>);
- Initiativen vorgelegt, mit dem Ziel den Steuerbetrug zu bekämpfen und Daten über Steuerstraftäter für mehr Steuergerechtigkeit zu nutzen (Drs. 18/1877, 18/1934).



WIRTSCHAFT & VERKEHR

KAI KLOSE



Sprecher für Wirtschaftspolitik (i.V.)

MARGARETHA HÖLLDOBLER-HEUMÜLLER



Sprecherin für Wirtschaft, Aus- und Weiterbildung

Die Wirtschaftspolitik der Regierungsmehrheit ist gekennzeichnet von fehlendem Gestaltungswillen, stattdessen beherrschen die Sorge um das berufliche Fortkommen von Parteifreunden sowie der Kampf gegen vermeintliche Wirtschaftshindernisse in Umwelt und Natur die Entscheidungen. Ein Leitbild hessischer Wirtschaftspolitik ist nicht zu erkennen. Allerdings fällt auf, dass die Landesregierung trotz etlicher Vorwürfe in den Bereichen Vetternwirtschaft und Korruption nicht genügend Engagement zeigt, aufzuklären und Korruption präventiv zu verhindern.

Ein wichtiger Schwerpunkt GRÜNER Aktivitäten lag und liegt im Bereich der öffentlichen Auftragsvergaben, da sich hier zeigt, wie ernst es Politik mit ihren Bekenntnissen zur Marktwirtschaft wirklich meint. Unser Ziel ist es, das Vergaberecht so zu gestalten, dass Auftragsvergaben fair und transparent verlaufen, denn nur so sorgt es für echten Wettbewerb, beugt Korruption vor und bietet auch jungen Unternehmen die Chance, in den Markt zu kommen. Nach intensiven Recherchen unsererseits und hartnäckigen Nachfragen musste die Landesregierung schließlich nach anfänglichem Leugnen einräumen, dass sie Aufträge im Bereich der Informationstechnologie und insbesondere dem Digitalfunk rechtswidrig vergeben hat.

Ein weiterer Schwerpunkt GRÜNER Aktivitäten im Bereich der Wirtschaftspolitik ist dem Ausbau schneller Internetverbindungen gewidmet. Alle Unternehmen, aber auch Freiberufler und private Haushalte, sind längst auf eine schnelle Internetverbindung angewiesen. Jahrelang hat sich die Landesregierung darauf beschränkt, lokale Informationsveranstaltungen durchzuführen und auf den Markt verwiesen. Hessen hinkt deshalb in Sachen Breitbandförderung immer noch hinterher. DIE GRÜNEN setzen sich schon seit langem dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen durch eigene Investitionen oder die Schaffung von Anreizen direkt dafür sorgen, die bestehende Wirtschaftlichkeitslücke beim Ausbau der Breitbandnetze zu schließen. Die kleinen Erfolge in Hessen bestärken uns, in unseren Aktivitäten nicht nachzulassen.

Ein weiteres zentrales Thema der Wirtschaftspolitik ist die Neuordnung der Wirtschaftsförderung, die nach der Zusammenfassung der monetären Wirtschaftsförderung bei der neuge-

gründeten Förderbank des Landes, der WI-Bank (Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen), ein unzureichender Reformschritt bleibt, solange die nichtmonetäre Wirtschaftsförderung bei der desolat aufgestellten Hessen Agentur angesiedelt ist. Hier ist ein Bauchladen verschiedenster Zuständigkeiten entstanden, der erkennbar nicht kompetent gemanagt wird. Die Situation ist zusätzlich dadurch belastet, dass auch die Personenwechsel an der Spitze der Hessen Agentur – wohl nicht zuletzt aufgrund parteipolitischer Auswahlkriterien – sich für eine wirksame Verbesserung der Arbeit als wirkungslos erwiesen haben. In Sachen Wirtschaftsförderung hat der Wirtschaftsminister entgegen früherer vollmundiger Ankündigungen auch nach Ablauf der Hälfte der Legislaturperiode nichts Positives bewirkt.

Im Sektor Wohnungspolitik ist die Auseinandersetzung um die Fehlbelegungsabgabe das bestimmende Thema gewesen. Entgegen des persönlichen Versprechens von Minister Posch (FDP), der noch Ende 2010 den betroffenen Kommunen zugesagt hat, die Fehlbelegungsabgabe fortzuführen, wurde dieses Vorhaben in der Koalition von der FDP torpediert, so dass das bestehende Gesetz ersatzlos ausgelaufen ist. Wir GRÜNE haben deshalb das erforderliche Gesetz zur Beibehaltung der Fehlbelegungsabgabe unsererseits in den Landtag eingebracht. Trotz weitgehender Bitte der betroffenen Kommunen, die Möglichkeit der Festsetzung von Fehlbelegungsabgaben als örtliche Entscheidung weiterhin zu erlauben, hat die CDU entgegen besseren Wissens am Ende aus Gründen der Koalitionsrason vor der FDP kapituliert und unseren Gesetzentwurf abgelehnt. Die Ankündigung des Ministers, die Fehlbelegungsabgabe durch ein anderes Instrument der Steuerung im sozialen Wohnungsbau zu ersetzen, ist bislang unerfüllt.

Die Betrachtung der Aktivitäten der Regierung in der Verkehrspolitik befriedigt umso weniger, als bei ihr der überkommene und ideologisch völlig verfestigte Irrglaube ungebrochen vorherrscht, dass immer mehr Betonbänder in der Landschaft das entscheidende Element einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung seien. Somit sind insbesondere die nordhessischen Autobahnprojekte A 44 und A 49 weiterhin Gegenstand der politischen Auseinandersetzung; wir lassen nicht locker, auf die schädlichen Wirkungen dieser Straßenbauten und ihren fehlenden Nutzen für die



Region hinzuweisen.

Neben dem Fernstraßenbau ist die Frage der Finanzierung der Mobilitätsangebote auf örtlicher Ebene von besonderer Bedeutung. Mit dem Entwurf eines Hessischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (HGVFG) wollen wir GRÜNE den hessischen Kommunen über das Jahr 2013 hinaus die finanziellen Mittel des Bundes zur Verbesserung ihrer Verkehrsverhältnisse vor Ort sichern. Die dem Land für den Verkehrsbereich zustehenden Finanzhilfen sollen auch nach 2013 ausschließlich für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Lärmsituation in Gemeinden verwendet werden. Wir setzen bei den förderungsfähigen Vorhaben verstärkt auf den Öffentlichen Personennahverkehr und den Radverkehr. Außerdem wollen wir, dass auch der Erhalt von Schienenwegen und Straßen gefördert wird, weil bei Straßenbauvorhaben der Erhalt stets vor einem Aus- oder Neubau stehen soll.



Die Auseinandersetzung um den Flughafen Frankfurt, insbesondere um die von ihm ausgehenden Belastungen der Bevölkerung ist seit Jahren ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Nachdem der Ausbau vom Verwaltungsgerichtshof weitgehend bestätigt wurde und die Baumaßnahmen mittlerweile vor dem Abschluss stehen, geht der politische Streit um den Wortbruch der Landesregierung beim versprochenen Nachtflugverbot. Die negative Wirkung von Fluglärm auf die Gesundheit sollte eigentlich nicht

umstritten sein, dennoch mussten wir sehr hartnäckig darum streiten, dass für den Flughafen Frankfurt eine Lärmwirkungsstudie auf den Weg gebracht wurde. Die für den Herbst 2011 vorgesehene Eröffnung der Landebahn Nordwest schallt bereits voraus, indem mehr Menschen in der Rhein-Main Region durch Fluglärm verstärkt belastet werden. Grund hierfür sind veränderte Flugrouten und Flugverfahren beim Anflug auf Frankfurt. Es zeigt sich dabei mal wieder, dass wirkungsvolle Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastungen nicht unternommen werden und stattdessen die Aktivitäten des Forums Flughafen und Region lediglich zur Dämpfung der Empörung dienen (sollen). Wir bleiben auf jeden Fall am Thema dran.

Der Neubau des Flugplatzes Kassel-Calden ist ebenfalls weiterhin Gegenstand der Auseinandersetzung. Für einen Flugplatz, den außer der Landesregierung und einigen nordhessischen Politikern niemand haben und den keine Fluggesellschaft anfliegen will, steigen die Kosten immer weiter – genau so wie wir dies bereits vor Jahren prognostiziert hatten. Damit ist ein wirtschaftlicher Betrieb des Flugplatzes selbst unter optimistischen Annahmen praktisch ausgeschlossen. Wir streiten weiter für die rasche Beendigung dieses Irrsinns, denn eine Fortsetzung des Neubauprojektes Kassel-Calden und daraus entstehender dauernder Subventionsbedarf sind dem hessischen Steuerzahler nicht zuzumuten.

KARIN MÜLLER



Sprecherin für Verkehrspolitik

FRANK KAUFMANN



Sprecher für Haushalt, Finanzcontrolling, Flugverkehr und Straßenbau

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Unregelmäßigkeiten bei den Auftragsvergaben der Landesregierung mittels mehrerer Berichtsanträge aufgedeckt (Drs. 18/2817, 18/2921 und 18/3166) und Verbesserungen der Kontrollmöglichkeiten und für mehr Transparenz in einem Antrag vorgeschlagen (Drs. 18/3643);
- Einen Berichtsantrag zu Breitband-Verbindungen eingebracht (Drs. 18/725), der zu einer Anhörung und letztlich einem gemeinsamen Beschluss führte (Drs. 18/1139 und 18/2031);
- Einen Gesetzentwurf zur Beibehaltung der Fehlbelegungsabgabe eingebracht, um damit den betroffenen Kommunen Steuerungsmöglichkeiten und finanzielle Spielräume zu erhalten (Drs. 18/3952);
- Einen Gesetzentwurf zur Gemeindeverkehrsfinanzierung eingebracht, um den Kommunen die finanzielle Ausstattung für Verkehrsinvestitionen durch den Bund zu sichern (Drs. 18/4194);
- Den Kampf gegen die Fluglärmbelastung der Bevölkerung durch den Flughafen Frankfurt mit zahlreichen Initiativen geführt. Und für die Einführung des versprochenen Nachtflugverbots gekämpft (Drs.: 18/994, 18/1685, 18/1739 mehr im Web: <http://gruenlink.de/2fr>);
- Einen Antrag für Lärmschutz bei der Planung der Flugsicherung eingebracht (Drs. 18/4024);
- Einen Antrag gegen den Bau des unsinnigen Flughafens Kassel-Calden eingebracht (Drs.: 18/2181).

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Wirtschaft:

<http://gruenlink.de/2ft>

Verkehr:

<http://gruenlink.de/2fv>

Landesplanung:

<http://gruenlink.de/2fv>

Frankfurter Flughafen:

<http://gruenlink.de/2fr>



INNEN

**JÜRGEN
FRÖMMRICH**



Sprecher für Innenpolitik

ELLEN ENSLIN



Sprecherin für Kommunales und Datenschutz

Die innenpolitische Arbeit im Hessischen Landtag ist ein weites Feld mit unterschiedlichsten Themenbereichen. Hierzu gehören nicht nur die Klassiker Polizei, Feuerwehr und Innere Sicherheit, sondern eben auch die großen Themen Datenschutz und Informationsfreiheit sowie Belange der Kommunen und Asyl- und Flüchtlingspolitik.

In Hessens Kommunen sprießen Spielhallen förmlich aus dem Boden und verursachen eine Vielzahl von sozialen Problemen. Wir haben uns diesem bislang vernachlässigten Thema der Spielhallen in Hessen gewidmet. Sie bergen ein hohes Suchtpotenzial und sind im Gegensatz zu den hessischen Casinos kaum gesetzlich reguliert. Darüber hinaus bereitet den Kommunen das gehäufte Auftreten von Spielhallen Probleme bei der Stadtteilentwicklung. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf und seit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 besteht auch die Möglichkeit für das Land hier gesetzgeberisch tätig zu werden. Da die Landesregierung bislang nichts Konkretes vorgelegt hat, haben wir einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Erklärtes Ziel ist es, den Kommunen Instrumente an die Hand zu geben, um Suchtprävention, Jugend- und Anwohnerschutz sowie Spielerschutz wirkungsvoll umsetzen zu können.

Die Städten und Gemeinden sind der Ort, an dem die Bürgerinnen und Bürger staatliches Handeln und demokratische Mitbestimmung erleben. Deswegen setzen wir uns für mehr Formen der Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik ein. Hessinnen und Hessen sollen durch Absenkung der Quoren für Bürgerbegehren und –entscheide häufiger direkt mitentscheiden dürfen und damit Möglichkeit bekommen, eigene Ideen einzubringen. Ferner nehmen wir eines der

größten Probleme der Kommunen in den Blick: die Finanzausstattung. Wir wollen eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, um die Finanzierung der Kommunen zu verbessern.

Mit der Zusammenlegung von öffentlichem und privatem Datenschutz beim unabhängigen Datenschutzbeauftragten des Landes Hessens wurde eine langjährige, GRÜNE Forderung Realität. Die bisherige Trennung von öffentlichem und privatem Datenschutz war schwer nachvollziehbar und weder bürgerfreundlich noch effektiv. Mit dem Zustandekommen des interfraktionell verabschiedeten Gesetzes können sich nun Hessinnen und Hessen bei einem unabhängigen Ansprechpartner beraten lassen, der beide Bereiche vereint. Die andere Seite der Medaille des Datenschutzes ist die Informationsfreiheit. Unsere Gesetzesinitiative sollte den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Informationen aller Art von hessischen Behörden zu erhalten – solange das Recht auf Datenschutz Dritter nicht beeinträchtigt wird. Der mit der SPD gemeinsam erarbeitete Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz wurde von CDU und FDP jedoch abgelehnt. Die Landesregierung sah keinen Anlass, Verwaltungshandeln transparent zu machen und verweigert somit Hessinnen und Hessen ein Recht, das in den meisten anderen Bundesländern gewährt wird.

Ein weiterer Schwerpunkt in dieser Wahlperiode war leider die Führungskultur der hessischen Polizei. Immer neue Meldungen über gravierende Mängel in der Personalführung bis hin zu Mobbing-Vorwürfen und staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren im Polizeipräsidium Frankfurt wurden bekannt. Bereits unter Innenmini-

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

HESSENS KOMMUNEN FAIR FINANZIEREN

Möglichst gerecht, einfach und verständlich wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) gestalten und haben deshalb einen Reformvorschlag aus einem Guss vorgelegt. Durch diese Reform soll die kommunale Selbstverwaltung gesichert und neue Spielräume eröffnet werden. Zudem sollen die neuen Ausgleichsregeln flexibel auf schwankende Landes- und Kommunalfinanzen reagieren und so dem Land und den Kommunen einen langfristig verlässlichen Finanzrahmen bieten. Wir wollen erreichen, dass das KFA-Volumen in Zukunft an der tatsächlichen Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen bemessen und stabilisiert wird. Das bedeutet, dass alle in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen zwischen Land und Kommunen in einem gemeinsam zu ermittelnden Verhältnis aufzuteilen sind. Die gleichmäßige Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen soll durch die Einführung des sogenannten Gleichmäßigkeitsgrundsatzes (GMG) erreicht werden, der beispielsweise in Sachsen bereits angewendet wird.



ster Volker Bouffier (CDU) beklagten sich Beamtinnen und Beamte über das Überhandnehmen einer undurchsichtigen und absolutistischen Führungskultur. Nach seinem Amtsantritt 1999 hatte er beispielsweise drei hessische Polizeipräsidenten ohne Begründung entlassen. Sein Amtsnachfolger Boris Rhein (CDU) hat in einem halbherzigen Versuch die Führungsprobleme in den Griff zu bekommen, den Bouffier-Vertrauten, Landespolizeipräsident Nedela, in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Das ist zwar ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber bei weitem nicht genug: Wir fordern zum einen vollständige Aufklärung der Vorgänge im PP Frankfurt, und die Vorlage eines neuen Polizeiführungskonzepts sowie die Analyse struktureller Probleme und deren Beseitigung. Zusätzlich muss eine unabhängige Om-

budsstelle für die Polizei eingerichtet werden, an die sich sowohl Mitarbeiter der Polizei als auch Bürgerinnen und Bürger wenden können.

Im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik haben wir mit verschiedenen Initiativen auf Missstände und Problematiken hingewiesen und praktikable Lösungen vorgeschlagen. Insbesondere die Aufhebung der Residenzpflicht innerhalb Hessen wäre ein wichtiger Schritt, für den wir uns eingesetzt haben und weiter einsetzen werden. Die Residenzpflicht verbietet es Asylsuchenden, den ihnen zugewiesenen Regierungsbezirk zu verlassen. Auch der Abschiebestopp für in Hessen lebende Flüchtlinge aus dem Iran, sowie von Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo ist aus unserer Sicht dringend geboten.

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Nach einem ersten eigenen Gesetzentwurf (Drs. 18/449), gemeinsam mit der SPD einen Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt, um damit den modernen Anforderungen an Bürgerrechte und transparentes staatliches Handeln gerecht zu werden (Drs. 18/1895);
- Die Aufklärung der sogenannten Polizeicheffaffäre voran getrieben und gemeinsam mit der SPD einen Untersuchungsausschuss beantragt (Drs. 18/2140 - Web: <http://gruenlink.de/2h0>);
- Eine Verlängerung der sogenannten Altfallregelung gefordert, um die Lage von Flüchtlingen angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise zu entspannen und Kettenduldungen zu vermeiden (Drs. 18/735);
- Einen dringlichen Berichts Antrag eingebracht, um Unregelmäßigkeiten im Frankfurter Polizeipräsidium auf den Grund zu gehen. Dieser hat letztendlich zur Entlassung der damaligen Präsidentin Thureau geführt (Drs. 18/2610 - Web: <http://gruenlink.de/2h0>);
- Bewegungsfreiheit für geduldete Ausländer und Asylsuchende in Hessen und die Aufhebung der Residenzpflicht auf Bundesebene, gefordert (Drs. 18/2760);
- Einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Volksbegehren und Volksentscheide“ eingebracht, mit dem Ziel, die Hürden für solche Vorhaben noch weiter zu verringern und somit wirklich mehr direkte Demokratie zu ermöglichen (Drs. 18/2797);
- Einen generellen Abschiebestopp von Flüchtlingen in den Iran gefordert (Drs. 18/1788);
- Einen Antrag eingebracht, den Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht zu streichen, um damit Gleichbehandlung von binationalen Kindern zu ermöglichen (Drs. 18/870);
- Einen Antrag gegen die Vorratsdatenspeicherung eingebracht, mit dem Ziel einen unzulässigen Generalverdacht gegenüber Bürgerinnen und Bürgern zu verhindern (Drs. 18/3600);
- Sich in einem Antrag gegen die Änderung der Zusammensetzung der Härtefallkommission ausgesprochen und eine Zusammensetzung aus fachkundigen Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen gefordert (Drs. 18/862);
- Stetig auf die Zusammenführung von öffentlichem und privatem Datenschutz hingewirkt, eigene Vorstellungen in einem gemeinsamen Änderungsantrag eingebracht (Drs. 18/3869). Inzwischen ist die Zusammenführung des Datenschutzes, mit vielen GRÜNEN Einflüssen durchgesetzt.
- Einen Antrag gegen die Abschiebung von Roma und anderen Minderheitenangehörigen in das Kosovo eingebracht (Drs. 18/3903);
- Einen Gesetzentwurf für ein hessisches Spielhallengesetz eingebracht mit dem Ziel, Regelungen zur Suchtprävention, zum Jugend- und Anwohnerschutz aber auch zum Spielerschutz durchzusetzen und ausufernde Ausbreitung zu vermeiden (Drs. 18/3965).
- Gemeinsam mit der Wirtschaftsabteilung Unregelmäßigkeiten bei den Auftragsvergaben der Landesregierung mittels mehrerer Berichts anträge aufgedeckt (Drs. 18/2817, 18/2921 und 18/3166) und Verbesserungen der Kontrollmöglichkeiten und mehr Transparenz in einem Antrag vorgeschlagen (Drs. 18/3643);

MÜRRET ÖZTÜRK



Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Innen:
<http://gruenlink.de/2h7>

Integration & Migration:
<http://gruenlink.de/2h8>

Kommunales:
<http://gruenlink.de/2h9>

Datenschutz:
<http://gruenlink.de/2ha>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>



WISSENSCHAFT & KULTUR

SARAH SORGE



Vizepräsidentin des Hessischen Landtages, Sprecherin für Wissenschaft und Kultur

Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsressource. Die gesamte Gesellschaft profitiert von der Innovation und Kreativität gut ausgebildeter Menschen – sowohl in der Wissenschaft als auch in der Wirtschaft. Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, brauchen wir mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Unsere Ziele sind daher: Eine bessere Qualität des Studiums, der Abbau von Zugangshürden und weniger Studienabbrüche.

Mit der Abschaffung der Studiengebühren in der vergangenen Legislaturperiode haben wir eine große Zugangshürde zu den Hochschulen beseitigt. Die weggefallenen Einnahmen aus Studiengebühren haben wir durch Einführung der Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (QSL-Mittel) kompensiert. Wir haben uns gleich zu Beginn der Legislaturperiode erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch die Evangelische Fachhochschule Darmstadt einen Ausgleich für die abgeschafften Studiengebühren erhält und arbeiten nun dran, dass die QSL-Mittel auch in Zeiten knapper Hochschulhaushalte nicht zweckentfremdet werden.

Die Hochschulen stehen wegen der stark steigenden Studierendenzahlen durch die doppelten Abiturjahrgänge aufgrund von G8 sowie dem Aussetzen von Wehr- und Zivildienst und der seit Jahren zu niedrigen Grundfinanzierung vor enormen Herausforderungen. In dieser Situation hat die Landesregierung den Hochschulpakt im Jahr 2011 um 30 Millionen Euro gekürzt, während im Gegenzug die private European Business School knapp 25 Millionen Euro für den Aufbau eines juristischen Fachbereichs erhält. Wir meinen, das ist unverantwortlich gegenüber den staatlichen Hochschulen. Gute Qualität für mehr Studierende bei weniger Mitteln wird nicht funktionieren.

Während die Hochschulen vor großen Herausforderungen stehen, hat Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann keine Idee davon, was sie als

Ministerin erreichen will und wie der Wissenschafts- und Forschungsstandort Hessen in Zukunft aussehen soll. Sie leistet keinerlei Impulse für die zwölf staatlichen Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen. Das Hochschulgesetz und die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen werden nicht oder nur unzureichend evaluiert und zur Erarbeitung der neuen Zielvereinbarungen setzt die Ministerin nicht auf das Know-How ihres Ministeriums, sondern hat ein Wirtschaftsberatungsunternehmen einbezogen.

Wir halten einen gemeinsamen, landesweiten Dialog der Landesregierung mit den staatlichen Hochschulen und der Politik über die zukünftige Aufstellung des Wissenschaftsstandorts Hessen für dringend notwendig. Hierzu haben wir die Wissenschaftsministerin mehrfach aufgefordert. Ziel soll hierbei die Entwicklung eines Zukunftspans sein, der das bestehende und zu entwickelnde Potenzial des hessischen Hochschulsystems unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklungen in der Wissenschaft umfasst.

Auch kulturpolitisch gibt es wenige Impulse der Landesregierung. Neben der Förderung der großen Kulturinstitutionen ist die Landesregierung allein durch den Eklat rund um die Verleihung des Hessischen Kulturpreises 2009 aufgefallen, der ihr bundesweit negative Schlagzeilen einbrachte oder etwa durch die Umstellung der Literaturförderung, mit der sie renommierte Institute mit jahrelangem Engagement und einem hochwertigen Angebot ohne Not düpierte.

Wir meinen, dass neue kulturpolitische Impulse in Hessen bitter nötig sind. Hessen sollte Kreativität fördern, von der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche, über die Kreativwirtschaft bis hin zur Unterstützung kleinerer Kinos bei der Umstellung auf die digitale Vorführtechnik.

Mit unseren Anträgen zum Etat des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zeigen wir unsere Alternativen zur Politik der Landesregierung



KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

REFORM DER LEHRERBILDUNG

Mehr dazu im Themenbereich Bildung auf Seite 6.

auf. Wir wollen ein Programm zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft auslegen, den wissenschaftlichen Nachwuchs stärker fördern, den Hochschulen mehr Mittel zum Ausbau der Studienplätze bereitstellen, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen aus so genannten bildungsfernen Schichten besser fördern und die Filmförderung des Landes erhöhen. Darüber

hinaus wollen wir die staatlichen Mittel zum Aufbau der juristischen Fakultät der European Business School streichen und die Kürzungen im Hochschulpakt zurücknehmen.



ANGELA DORN



Sprecherin für Verbraucher- und Ressourcenschutz, Belange der Studierenden

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- In einem Antrag Alternativen zum schwarz-gelben Hochschulgesetz aufgezeigt: „Hochschulgesetz-Novelle – Demokratie ausbauen und Zukunftsprobleme lösen“ (Drs. 18/1637).
- Die Kürzung des Hochschulpakts und die Erpressung der Präsidenten zur Unterzeichnung des Pakts thematisiert und scharf kritisiert. Wir fordern eine Neuverhandlung des Pakts auf Augenhöhe und eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen (Drs. 18/2430, 18/2238).
- Ein Positionspapier zum Thema Bologna-Prozess erarbeitet und eine dazugehörigen Fachanhörung durchgeführt. Daraus folgte der Antrag „Bologna-Prozess: Mit der Reform der Reform endlich ernsthaft beginnen“ mit Vorschlägen zur besseren Studierbarkeit, Forderung nach Einrichtung eines runden Tisches mit allen Beteiligten sowie besserer Finanzausstattung zur Ermöglichung der Reform (Drs. 18/2239).
- Die Streichung der Projektförderung in Höhe von knapp 25 zum Aufbau der juristischen Fakultät der European Business School beantragt (Drs. 18/864) und die Aufklärung der Vorwürfe der Veruntreuung an der EBS vorangetrieben (Drs. 18/3988).
- Die Entwicklung des privatisierten Uniklinikum Gießen und Marburg kritisch begleitet und die Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts in Bezug auf die Überführung der Landesbediensteten in das private Unternehmen gefordert und thematisiert (Drs. 18/2215).
- Den Erhalt von historisch und architektonisch bedeutenden Gebäuden auf dem Frankfurter Campus Bockenheimer beantragt sowie den Kulturcampus und den Neubau der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst vorangetrieben (Drs. 18/3008, 18/1945, 18/1944).
- Einen Antrag „Zukunftsplan für den Wissenschaftsstandort Hessen entwickeln – Fächervielfalt erhalten“ vorgelegt (Drs. 18/3922).
- Die ‚Nicht-Verleihung‘ des Hessischen Kulturpreises an Navid Kermani wäre ohne uns sicher nicht in dem Maße thematisiert worden und dass Kermani den Preis dann doch bekommen hat, ist sicher mit auch unser Verdienst (Drs. 18/469).
- Umstellung der Literaturförderung (Drs. 18/2035): Die Romanfabrik und andere Literaturinitiativen wurden durch die kurzfristige Finanzierungsumstellung ohne Grund düpiert und mussten Teile ihres Programmen kürzen. Dies haben wir kritisiert, leider ohne Erfolg.
- Eine Große Anfrage Kreativwirtschaft gemeinsam mit der Wirtschaftsabteilung (Drs. 18/3843) eingereicht. Die Antworten der Landesregierung waren zum großen Teil unbefriedigend. Sie sieht nur den wirtschaftlichen Aspekt, hat aber kein Gespür für die Arbeit und nötige Maßnahmen für Kreative.
- Einen Antrag zur Kinodigitalisierung eingebracht (Drs. 18/3642), damit die Landesregierung die kommunalen und Programmkinos in Hessen bei der Digitalisierung unterstützt. Die Landesregierung hat endlich eingelenkt. Die Frage ist nun, wie viele Kinos den Eigenbeitrag von 20 Prozent für die Digitalisierung aufbringen können.

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Wissenschaft & Hochschulen:
<http://gruenlink.de/2fx>

Kultur und Medien:
<http://gruenlink.de/2hf>

Bildung:
<http://gruenlink.de/2fw>



RECHT & INTEGRATION

ANDREAS JÜRGENS



Sprecher für Rechtspolitik,
Gleichstellung
und Behindertenpolitik

Eine starke Demokratie lebt von der Einmischung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen für die demokratische Teilhabe in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebensformen Platz haben. Nicht erst die Proteste gegen Stuttgart 21 haben gezeigt, dass sich Bürgerinnen und Bürger direkt, und wenn es sein muss, sehr kreativ in Politik einmischen wollen. Das Engagement Zehntausender gegen den unterirdischen Milliardenbahnhof in Stuttgart ist vor allem Folge mangelnder Bürgerbeteiligung. Formal hat Stuttgart 21 alle planungsrechtlich vorgeschriebenen Stufen der Öffentlichkeitsbeteiligung durchlaufen. Da aber zu keinem Zeitpunkt die Alternative – der Umbau des bestehenden Kopfbahnhofs – ernsthaft und gleichberechtigt geprüft wurde, fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger verschaukelt.

Zu Recht: Bürgerbeteiligung, die nur dazu da ist, vorher getroffene Entscheidungen gerichtsfest zu machen, wird zur Farce. Eine ähnliche Farce sind die Regelungen für die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheid im hessischen Recht. Die in der Verfassung formulierten Grundsätze werden durch das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid genauer beschrieben. Das hessische Gesetz stammt im Wesentlichen immer noch aus dem Jahre 1950 und stellt Regelungen auf, die vor allem aufgrund überhöhter Quoren für die Gesetzgebung durch das Volk fast unüberwindbare Hürden darstellen. Diese wollen wir seit Jahren abbauen, sind aber bislang immer an der Regierungsmehrheit gescheitert. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir natürlich auch eingebracht und auch wenn es dabei um eine rechtliche Frage geht, ist dafür im Hessischen Landtag der Hauptausschuss zuständig. Deswegen finden Sie weitere Informationen zum Inhalt dieses Entwurfs auf Seite 20.

Als erste haben wir auch in dieser Wahlperiode einen Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe eingebracht. Erst nach einer wegweisenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben auch die Regierungsfraktionen einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der praktisch alle unserer Vorschläge übernahm und schließlich auch verabschiedet wurde. Gemeinsam mit den Fraktionen von CDU, FDP und SPD haben wir hierzu einen Änderungsantrag mitgetragen, der Grundlage für die endgültige Gesetzesfassung war. Unser weiterer Änderungsantrag (gemeinsam mit SPD und Linke), die Gleichstellung im Bereich der Besoldung, Versorgung und Beihilfe für Beamte rückwirkend in Kraft zu setzen blieb allerdings erfolglos.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Migrantinnen und Migranten sind Teil unserer Gesellschaft und diese Vielfalt ist Bereicherung und bedeutet zugleich Herausforderung. Wir wollen dass über die vorliegenden Anträge islamischer Religionsgemeinschaften auf Durchführung von Islamunterricht an den hessischen Schulen zügig entschieden und möglichst schnell Islamunterricht eingeführt wird. Sollte dies vorerst nicht möglich sein, soll zumindest als erster Zwischenschritt islamische Religionskunde eingerichtet werden.

Die Debatte über die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird in regelmäßigen Abständen und immer wieder polemisch geführt. Allerdings fast immer nur als Beschreibung realer oder vermeintlicher Integrationsdefizite. Die Erfolge und positiven Beispiele gelungener Integration werden in der öffentlichen Diskussion nur selten wahrgenommen, und die regelmäßig wiederkehrenden Integrationsdebatten haben

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

EIN INTEGRATIONSKONZEPT FÜR HESSEN

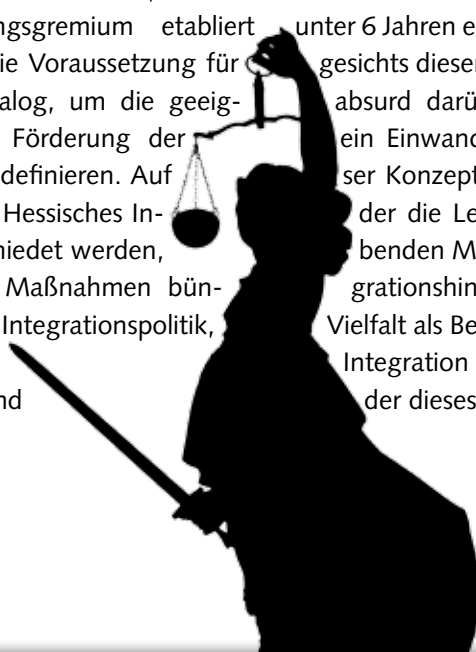
Wir wollen die Integrationspolitik endlich versachlichen und schlagen konkrete Maßnahmen vor, damit Integration in Hessen aktiv gestaltet werden kann. Denn wir haben in Hessen kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Den Kern der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen bilden der Hessische Integrationsplan, die Hessische Integrationsvereinbarung und eine regelmäßige Integrationskonferenz in Hessen, die nicht nur wie bisher zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit, sondern als echtes Entscheidungsgremium etabliert werden soll. Sie bilden die Voraussetzung für einen systematischen Dialog, um die geeigneten Maßnahmen zur Förderung der Integration in Hessen zu definieren. Auf dieser Grundlage soll ein Hessisches Integrationsgesetz verabschiedet werden, das die verschiedenen Maßnahmen bündelt. Vielfalt als Bereicherung, Teilhabe für alle und Integration als Aufgabe sind der Dreiklang, der dieses Konzept prägt.



eines gemeinsam: Sie sind oft emotionale Auseinandersetzungen, die in den seltensten Fällen irgendein Problem lösen. Wir wollen die Integrationspolitik endlich versachlichen und schlagen konkrete Maßnahmen vor, damit Integration in Hessen aktiv gestaltet werden kann. Denn wir haben in Hessen kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.

Wir haben deswegen ein umfassendes Integrationskonzept für Hessen mit Beschreibungen von verschiedensten Handlungsfeldern und Maßnahmen vorgelegt. Den Kern der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen bilden der Hessische Integrationsplan, die Hessische Integrationsvereinbarung und eine regelmäßige Integrationskonferenz in Hessen, die nicht nur wie bisher zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit, sondern als echtes Entscheidungsgremium etabliert werden soll. Sie bilden die Voraussetzung für einen systematischen Dialog, um die geeigneten Maßnahmen zur Förderung der Integration in Hessen zu definieren. Auf dieser Grundlage soll ein Hessisches Integrationsgesetz verabschiedet werden, dass die verschiedenen Maßnahmen bündelt. Für eine moderne Integrationspolitik, die Vielfalt als Bereicherung, Teilhabe für alle und

Integration als Aufgabe versteht, haben wir in zehn Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen erarbeitet. Es geht uns um Integration durch gute Sprachkenntnisse, eine gute Bildungspolitik, Teilhabe durch Ausbildung und Arbeit und die Unterstützung der Kommunen bei der Integrationspolitik. Eine gute Integrationspolitik muss auch den Sozial- und Gesundheitsbereich in den Blick nehmen, demokratische Teilhabe und die Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung fördern und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen. Wir müssen die mit den Menschen eingewanderten Religionen, insbesondere den Islam, integrieren, eine gute Präventionspolitik betreiben und die Einbürgerung erleichtern. Um in diesen Bereichen Fortschritte zu erreichen, schlagen wir 17 Maßnahmen vor. In Hessen hat inzwischen fast jedes zweite Kind unter 6 Jahren einen Migrationshintergrund. Angesichts dieser Zahl ist es nach unserer Ansicht absurd darüber zu diskutieren, ob Hessen ein Einwanderungsland ist oder nicht. Unser Konzept verfolgt deshalb einen Ansatz, der die Lebenswirklichkeiten aller hier lebenden Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – in den Blick nimmt. Vielfalt als Bereicherung, Teilhabe für alle und Integration als Aufgabe sind der Dreiklang, der dieses Konzept prägt.



MÜRRET ÖZTÜRK



Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Erneut mit verschiedenen Initiativen auf die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe hingewirkt (Drs. 18/949, 18/2134 und 18/2048);
- Einen Gesetzentwurf eingebracht zur Änderung von Art. 124 der Verfassung des Landes Hessen, um das Quorum für Volksentscheide abzusenken (Drs. 18/2764);
- Einen Änderungsantrag zu einem Gesetzentwurf der Landesregierung eingebracht, um damit die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Schiedsämtern und die Finanzausstattung der Gemeinden zu verbessern (Drs. 18/2711);
- Auch durch einen dringlichen Berichtsantrag erheblich zur Aufklärung der Wolski-Affäre beigetragen, die letztendlich zum Rücktritt der ehemaligen Richterin am Staatsgerichtshof führte (Drs. 18/1855);
- Mit einem Antrag zur Einführung von Islamunterricht in Hessen dafür eingesetzt, dass über vorliegende Anträge islamischer Religionsgemeinschaften zügig entschieden und damit möglichst schnell Islamunterricht bzw. Islamkunde möglich wird (Drs. 18/3601);
- Einen gemeinsamen Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission mit eingebracht, um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen voranzubringen (Drs. 18/1172);
- Mit zwei Anträgen die Suche einer Partnerregion in der Türkei nach klaren Auswahlkriterien unterstützt und die Beteiligung des Parlaments gefordert (Drs. 18/1641 und 18/2911).

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Innen:

<http://gruenlink.de/2h7>

Integration & Migration:

<http://gruenlink.de/2h8>

Kommunales:

<http://gruenlink.de/2h9>

Datenschutz:

<http://gruenlink.de/2ha>

Demokratie & Recht:

<http://gruenlink.de/2hb>



HAUPTAUSSCHUSS

Im Hauptausschuss des Landtages wird eine ganze Bandbreite von Beschlüssen gefasst: von Medienpolitik über Bundesratsangelegenheiten bis hin zu verfassungsrechtlichen Fragen.

In der Medienpolitik diskutiert der Hauptausschuss vor allem die Rundfunkänderungsstaatsverträge zwischen allen Bundesländern, beispielsweise zur Rundfunkgebühr oder zum Jugendmedienschutz. Aber auch allgemeine medienpolitische Fragen werden hier erörtert. Ende 2009 führte der damalige Ministerpräsident Roland Koch (CDU) der gesamten bundesdeutschen Öffentlichkeit vor, wie viel Einfluss die Politik auf Personalentscheidungen innerhalb des ZDF nehmen kann. Maßgeblich auf sein Betreiben wurde der Vertrag des weithin geschätzten Chefredakteurs Nikolaus Brender nicht verlängert. Dieser Fall zeigte erneut, dass der aktuelle ZDF-Staatsvertrag und die aus ihm folgende Gremienbesetzung des ZDF offensichtlich keineswegs staatsfern sind, wie es verfassungsrechtlich vorgegeben ist.

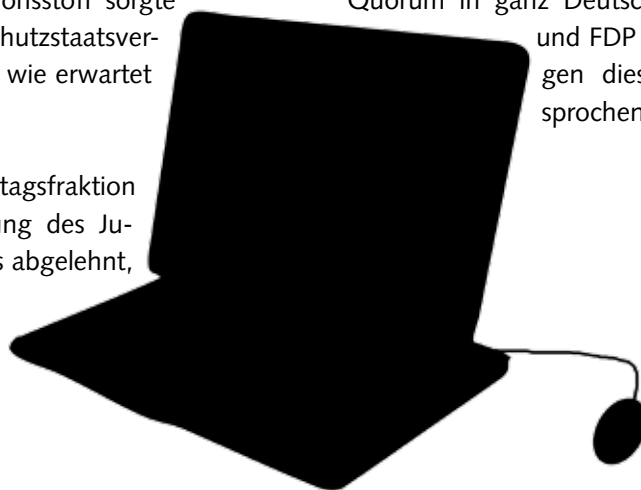
Deshalb muss der ZDF-Staatsvertrag nach Ansicht der GRÜNEN verändert werden, um in Zukunft politische Einflussnahmen auf Personalentscheidungen und damit die Inhalte des Senders zu verhindern. In den letzten 2 1/2 Jahren wurden auch mehrere Rundfunkänderungsstaatsverträge im Hauptausschuss diskutiert. Für besonderen Diskussionsstoff sorgte der Jugendmedienschutzstaatsvertrag, der 2010 nicht wie erwartet in Kraft trat.

Die GRÜNE Landtagsfraktion hatte die Novellierung des Jugendmedienschutzes abgelehnt,

da viele Regelungen im digitalen Zeitalter überhaupt nicht umsetzbar sind und möglicherweise zu Einschnitten in der Freiheit des Internets geführt hätten.

Um eine gesellschaftliche und politische Diskussion für eine Neuregelung des Jugendmedienschutzes anzustoßen, organisierte die Landtagsfraktion am 17. Juni 2011 eine bundesweite Tagung mit dem Titel „Moderner Jugendmedienschutz – Wie geht das?“. Mehr als 60 Teilnehmer diskutierten mit den 17 Referentinnen und Referenten aus Politik, Medien, der Internet-Community, mit Jugendschützern, Lehrern und Medienpädagogen. Die Veranstaltung soll die Grundlage sein für einen GRÜNEN Entwurf eines modernen Kinder- und Jugendmedienschutzes. Inzwischen wird ein weiterer Staatsvertrag heiß diskutiert: die geplante Reform der Rundfunkgebühr ab 2013.

Im Rahmen der verfassungsrechtlichen Fragen haben sich die GRÜNEN dafür eingesetzt, die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide zu senken. Denn wir möchten den Hessinen und Hessen mehr Mitbestimmung erlauben. Unser GRÜNER Gesetzentwurf sah vor, dass an Volksbegehren nur noch 10 statt 20 Prozent der Stimmberechtigten teilnehmen müssen, um dem Landtag einen Gesetzentwurf zuleiten zu können. Damit wäre es noch immer das höchste Quorum in ganz Deutschland gewesen. CDU und FDP haben sich jedoch gegen diesen Vorschlag ausgesprochen.



IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Einen Gesetzentwurf eingebracht zur Änderung von Art. 124 der Verfassung des Landes Hessen, um das Quorum für Volksentscheide abzusenken (Drs. 18/2764);
- In einem Antrag die maßgeblich vom Ministerpräsidenten betriebene Absetzung des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender kritisiert und eine Verfassungsklage gegen den ZDF-Staatsvertrag gefordert (Drs. 18/1643);

TAREK AL-WAZIR



Fraktionsvorsitzender
Sprecher für
Medienpolitik

JÜRGEN FRÖMMRICH



Sprecher für Innenpolitik

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Kultur und Medien:
<http://gruenlink.de/2hf>

Innen:
<http://gruenlink.de/2h7>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>



PETITIONEN

Der Petitionsausschuss ist die Brücke zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Hessischen Landtag. Das Petitionsrecht ist in der Hessischen Landesverfassung verbürgt und findet sich auch in Artikel 17 des Grundgesetzes. Dort heißt es „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden“. Auch in der Hessischen Landesverfassung ist das Petitionsrecht verbürgt.

Eine Petition gibt jedermann – unabhängig von Staatsangehörigkeit und Alter, als Einzelperson oder in der Gemeinschaft – die Möglichkeit sich direkt an die Volksvertreterinnen und -vertreter zu wenden. Die Petition kann alle Angelegenheiten des öffentlichen Rechts behandeln und eröffnet somit die Möglichkeit Verwaltungsentscheidungen aller Art von den Landesvertreterinnen und -vertretern objektiv überprüfen zu lassen. Dies eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern gleichzeitig die Möglichkeit Themen anzustoßen und Anregungen in die Landtagsarbeit einfließen zu lassen.

Die Eingaben der Bürgerinnen und Bürger spiegeln deren Lebenssituation wider. Die Vielfalt der Themen, mit denen sich der Petitionsausschuss beschäftigt ist fast unbegrenzt: Landwirtschaft und Umweltschutz, Soziales, Schul- und Bildungssystem, Verkehr, Baurecht, Aufenthalt für ausländische Staatsbürger und vieles mehr. Für die Bürgerinnen und Bürger wird so Demokratie erfahrbar.

Der Hessische Landtag hat zwischen Januar 2009 und Dezember 2010 2.176 Eingaben erhalten. Dies stärkt uns in der Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten zur Mitgestaltung nutzen. Die GRÜNEN setzen sich für starke Beteiligungsrechte und für ein bürgernahes Petitionsrecht ein.

Der Petitionsausschuss steht nicht immer im Mittelpunkt der Wahrnehmung – aber er steht immer Mitten im Leben und an der Seite der Menschen.



MÜRRET ÖZTÜRK



Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen

MARCUS BOCKLET



Sprecher für Armutsbekämpfung, Arbeitsförderung, Familie, Kinder und Jugend

KARIN MÜLLER



Sprecherin für Verkehrspolitik

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Integration & Migration:
<http://gruenlink.de/2h8>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>

EUROPA

SIGRID ERFURTH



Stv. Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Finanzen, Europa und Schutz der Werra

URSULA HAMMANN



Sprecherin für Umwelt, Energie, Naturschutz und Tierschutz

DANIEL MAY



Sprecher für Landwirtschaft, Gentechnik und ländlichen Raum

Wir kämpfen für eine starke Europäische Union als globale Akteurin, die bei den Menschenrechten vorangeht, zur Vorreiterin beim Klimaschutz und bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen wird und für den Frieden in der Welt eintritt. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung einer wirklichen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die der UN-Charta verpflichtet ist und von einer europäischen Außenministerin oder einem Außenminister vertreten wird, wie es im Lissaboner Vertrag vorgesehen ist. Die EU muss ihre vielfältigen Instrumente besser aufeinander abstimmen. So dürfen entwicklungspolitische Anstrengungen nicht durch eine verfehlte europäische Handelspolitik konterkariert werden. Bestandteil jeglicher EU-Politik muss die Förderung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit sein.

Eines der erfolgreichsten friedenspolitischen Instrumente der Europäischen Union ist die Erweiterungspolitik. Sie hat den Weg vieler Staaten in stabile Demokratien maßgeblich unterstützt. Wir GRÜNE unterstützen die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei. Der Weg der Türkei in die EU ist ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region und zur Demokratisierung der Türkei. Eine besondere Verantwortung trägt die EU für den westlichen Balkan. Wir GRÜNE wollen eine Heranführung dieser Staaten an die EU, das heißt Visafreiheit und das heißt Wirtschafts- und Umweltpartnerschaften aufzubauen. Es liegt auch in unserem Interesse, dass sich unsere Nachbarn weiterentwickeln können. Dazu hat die EU die Europäische Nachbarschaftspolitik geschaffen, die wir GRÜNE weiter ausbauen wollen. Wir wollen im Rahmen einer engeren Kooperation

und gleichwertigen Partnerschaft eine Nachbarschaftspolitik, die eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale, demokratische und ökologische Entwicklung in den Nachbarländern fördert.

Die Europäische Union muss zum Wegbereiter eines kooperativen Multilateralismus werden. Deshalb wollen wir die EU zu einer handlungsfähigen Zivilmacht ausbauen, die ihre Stärke in den Dienst der Vereinten Nationen stellt und einen wichtigen Beitrag zur Krisenprävention und zur kollektiven Friedenssicherung leistet. Dafür sind institutionelle Reformen notwendig. Wir brauchen ausgewogene Fähigkeiten zur kollektiven Friedenssicherung. Den weiteren Ausbau militärischer Kapazitäten auf europäischer Ebene akzeptieren wir nur, wenn dies mit Begrenzung und sukzessivem Abbau nationaler Kapazitäten einhergeht. Besonders die zivilen Instrumente zur Krisenprävention müssen gestärkt werden. Dafür wollen wir eine Europäische Friedensagentur und ein Europäisches Ziviles Friedenskorps aufbauen – und einen Europäischen Zivilen Friedensdienst, der die Friedensentwicklung von »unten« fördert.



IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Sich für die Aufnahme einer Partnerregion in der Türkei in den Reigen der Partnerregionen Hessens ausgesprochen und im Ausschuss dafür gestritten, Aufnahmekriterien (wie z. B. kulturelle, religiöse, und politische Vielfalt, sowie zivilgesellschaftliche Aktivitäten z. B. von NGOs, die einen regen Austausch erwarten lassen) festzulegen. Dazu haben wir einen Antrag (Drs. 18/1641) eingebracht, der dann nach einigen Verhandlungsrunden in einen gemeinsamen Antrag (Drs. 18/2197) von CDU, FDP, SPD und uns mündete;
- Den Prozess um die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative in Hessen mitgestaltet und der Landesregierung aufgegeben, für die Umsetzung in Hessen zu werben und Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, dieses neue Instrument auszuprobieren. Auch hier mündete ein Antrag von uns (Drs. 18/3530) in einen gemeinsamen Antrag (Drs. 18/3721).

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Europa:
<http://gruenlink.de/2ik>

Frieden & Internationales:
<http://gruenlink.de/2il>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>

SERVICE & KONTAKT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag - Schlossplatz 1-3 - 65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 / 350 582 - Fax: 0611 / 350 600 - E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

SEKRETARIATE

Sabine Burg - Ellen Enslin, Kordula Schulz-Asche, Marcus Bocklet, Mürvet Öztürk, Daniel May
E-Mail: e.burg@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 651

Stefanie Euler - Angela Dorn, Jürgen Frömmrich, Kai Klose, Sarah Sorge, Ursula Hammann
E-Mail: s.euler@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 603

Eveline Hoja - Tarek Al-Wazir, Mathias Wagner
E-Mail: e.hoja@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 590

Gabriela Rehbein-Mälitz - Sigrid Erfurth, Andreas Jürgens, Frank Kaufmann, Karin Müller, Margaretha Hölldobler-H.
E-Mail: g.rehbein-maelitz@ltg.hessen.de
Tel.: 0611 / 350 654

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Elke Cezanne - Pressesprecherin
E-Mail: e.cezanne@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 597

Till Haupt - Referent für Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: t.haupt@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 586

Therese Kosowski - Mitarb. Pressestelle
E-Mail: t.kosowski@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 594

GESCHÄFTSZIMMER

Helmut Ulshöfer
E-Mail: h.ulshoefer@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 582

PARLAMENTARISCHE REFERENTEN/INNEN

Dr. Markus Beyersdorff
Berater Neue Verwaltungssteuerung/Doppik
E-Mail: m.beyersdorff@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 583

Dr. Michael Buss
Wirtschaft, Finanzen, Wohnungspolitik
E-Mail: m.buss@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 596
Sachbearbeitung: Isabel Kemper, 0611 / 350 598,
i.kemper@ltg.hessen.de

Jenny Trefs
Vorstandsreferentin, Medien, Verwaltungsreform, Kultur
E-Mail: j.trefs@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 592
Sachbearbeitung: Eveline Hoja, 0611 / 350 590,
e.hoja@ltg.hessen.de

Carsten Schlosser
Umwelt (Klima- und Naturschutz), Energie, Verkehr, Landesentwicklung, Tierschutz
E-Mail: c.schlosser@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 589
Sachbearbeitung: Isabel Kemper, 0611 / 350 598,
i.kemper@ltg.hessen.de

Bettina Schreiber
Gesundheit, Soziales, Frauen, Kinder, Jugend, Behindertenpolitik
E-Mail: b.schreiber@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 587
Sachbearbeitung: Alexander Wosnitza, 0611 / 350 585,
a.wosnitza@ltg.hessen.de

Walter Stern
Vorstandsreferent, Europa
E-Mail: w.stern@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 581
Sachbearbeitung: Eveline Hoja, 0611 / 350 590,
e.hoja@ltg.hessen.de

Manuel Stock
Bildung, Wissenschaft, Hochschulen, Jugendberufshilfe
E-Mail: m.stock@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 593
Sachbearbeitung: Alexander Wosnitza, 0611 / 350 585,
a.wosnitza@ltg.hessen.de

Pia Walch
Innen, Recht, Kommunales, Integration, Justizariat
E-Mail: p.walch@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 591
Sachbearbeitung: Katarzyna Jochemczyk, 0611 / 350 584,
k.jochemczyk@ltg.hessen.de und Tamina Schilling, 0611 / 350 584,
t.schilling@ltg.hessen.de

N.N.
Umwelt (Boden, Wasser, Luft, Lärm und Abfall), Verbraucherschutz, ländlicher Raum und Gentechnik
Tel.: 0611 / 350 595

SERVICE

Eine Übersicht der Kontaktdaten aller Abgeordneten finden Sie auf Seite zwei und ausführlich mit weiteren Informationen im Internet unter:

www.gruene-hessen.de/landtag/fraktion/

Weitere und aktuelle Informationen zu allen landespolitischen Themen finden Sie immer im Internet:

www.gruene-hessen.de

Im Internet finden Sie auch die Möglichkeit aktuelle Publikationen abzurufen und in Papierform zu bestellen:

www.gruene-hessen.de/landtag/publikationen/

Darüber hinaus bieten wir einen spezifischen E-Mail Newsletter und verschiedenen thematische Verteiler an:

www.gruene-hessen.de/landtag/newsletter/

IMPRESSUM

Herausgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 / 350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

Redaktion

Mathias Wagner v.i.S.d.P.
Till Haupt

Layout & Gestaltung

Till Haupt





www.gruene-hessen.de